Pfund's Milch-Seife
mit reiner, bester Kuhmilch.
Bade-, Kinder- u. Familienseife
macht die Haut weich und rein.
Dresdner Kakerei
Gebr. Pfund.

Dresdner Nachrichten

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15,
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen und Herde, Haus-, Küchen- und Landwirthschafts-Geräthe.

41. Jahrgang. Dresden, 1896.

Tafel-
Café-Wasch-
Geschirre
J.G.Klingner
Waisenhausstr. 3
Porzellan, Glas,
Steingut.

Tapeten.
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

H. Niedenführ
Dresden-A., Wallstrasse 14.
Alleiniger Vertreter
von Seidel & Naumann's
Fahrrädern.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn, Kgl. Hoflieferanten,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Dresdner Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstrasse 1—3 (Hofgebäude).

Nr. 80. Spiegel: Der Fall Göffel. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Stadtverordnetensitzung, Gerichts-Verhandlungen. Joachim-Concert, Renaissance. | Muthmaßliche Witterung: Mäßig, kühler. | Sonnabend, 21. März.

An die geehrten Leser!

Bei der bedeutenden Auflage der „Dresdner Nachrichten" ist es nothwendig, die **Bestellungen** auf das

zweite Vierteljahr 1896

bei dem betreffenden Postamte **sofort** bewirken zu wollen, da andernfalls auf ungestörte Fortlieferung bez. rechtzeitige Neulieferung des Blattes nicht gerechnet werden könnte.

Die Bezugsgebühr beträgt bei den **Kaiserl. Postanstalten** im Reichsgebiet **vierteljährlich 2 Mark 75 Pf.**, in Oesterreich-Ungarn **2 Fl. 58 Kr.** und im Auslande **2 Mark 75 Pf.** mit entsprechendem Postzuschlage.

Alle Postanstalten im Deutschen Reiche, in Oesterreich-Ungarn und im Auslande nehmen Bestellungen auf unser Blatt an.

Für **Dresden** nimmt die unterzeichnete Geschäftsstelle während der Dienststunden Bestellungen zum Preise von **2 Mark 50 Pf.** (einschließlich Bringerlohn) entgegen.

Neu- und Abbestellungen, sowie die Anzeigen über erfolgte **Wohnungsveränderungen** in Dresden, wolle man entweder **persönlich** anbringen oder **schriftlich** — nicht durch Fernsprecher — an die Geschäftsstelle gelangen lassen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten", Marienstraße 38, Erdgeschoß.

Der Fall Göffel.

Autorität ist zu einem der meist angewendeten Schlagworte geworden, die unsere vielbegreifende und doch manchmal recht begriffsstutzige Zeit kennt. Da die Herrschaft von Schlagworten stets die Gefahr mit sich bringt, daß die Begriffe ihres Gedankeninhaltes verlustig gehen und an ihre Stelle leere, unverstandene Phrasen treten, so erscheint eine Begrenzung des Begriffes der Autorität wohl angebracht. Am besten gelangt man zu einer klaren Vorstellung des Begriffes, wenn man zunächst die Revolution definirt. In diesem Punkte ist noch heute mustergiltig, was vor 50 Jahren Stahl gesagt hat: „Revolution ist nicht dasselbe wie Empörung, überhaupt nicht blos eine That und ein Vorgang, sondern ein politisches System. Empörung ist Abwerfung einer bestimmten bestehenden Herrschaft, Revolution ist Umkehrung des Herrscherverhältnisses selbst, daß Obrigkeit und Gesetz permanent unter den als gleichwerthige Einheiten summirten Menschen stehen, statt über ihnen. Die Revolution hat darum dem Begriffe und der Sache nach nicht existirt, wenigstens nicht vollständig, vor 1789. Seitdem aber ist sie eine Weltmacht geworden und der Kampf für und gegen sie erfüllt die Geschichte." Auf Grund dieser Stahl'schen Begriffsentwickelung der Revolution kann man die Definition der Autorität in Anpassung an die modernen Verhältnisse dahin zusammenfassen, daß man sagt, Autorität ist dasjenige staatliche Herrschaftsverhältniß, das hervorgeht aus der harmonischen Zusammenwirkung aller berechtigten, auf die Erhaltung der bestehenden Ordnung gerichteten, religiösen, sittlichen, nationalen und wirthschaftlich-sozialen Volkskräfte. Seit die Sozialdemokratie ihre Maulwurfsarbeit an den autoritativen Stützen der Gesellschaft begonnen und in rastlosem Wühleifer die bestehende Ordnung zum Theil in's Wanken gebracht hat, hat sich allmählich aller Einsichtigen die Erkenntniß bemächtigt, daß für alle Anhänger der herrschenden Ordnung die Stärkung der Autorität in dem vorgedachten Sinne ein solidarisches Interesse und eine heilige Pflicht bedeutet. Die wirklich einsichtigen Kreise freilich, d. h. diejenigen, in denen man ernstlich gewillt ist, Alles, was der Autorität schaden und ihren Gegnern neues Wasser auf die Mühlen liefern könnte, zu vermeiden, auch unter Preisgabe persönlicher Wünsche und Anschauungen, diese Kreise bilden leider immer noch einen verhältnißmäßig geringen Theil des gesammten ordnungsparteilichen Heerbannes, der auf Grund der ihm im Gesellschaftsorganismus zugewiesenen Stellung zur Vertheidigung der bedrohten Bastionen gegen den Ansturm der Revolutionäre berufen erscheint. An diese Thatsache wird man von Zeit zu Zeit immer wieder in unliebsamer Weise durch Vorkommnisse in den führenden Gesellschaftsschichten gemahnt, die bei den überzeugten Gegnern und ernsthaften Bekämpfern der Sozialdemokratie ebenso peinliches Befremden wie auf Seiten der Umsturzpartei höhnische Schadenfreude und gesteigertes Triumphgefühl hervorzurufen geeignet sind. In die Kategorie dieser unerfreulichen Vorfälle, deren jeder einen Schritt verlorenes Terrain für die Bannerträger der Autorität gegenüber den zügellosen Massen bedeutet, gehört auch der eigenartige Vorgang, der sich dieser Tage in einem Berliner Krankenhause abgespielt hat.

Ein hoher Patient, der infolge eines schweren Leidens ärztliche Behandlung in einem Krankenhause der Reichshauptstadt nachgesucht und erhalten hat, findet dort nicht die erhoffte alsbaldige Genesung, weil ihm diese die Aerzte nach Lage der Sache nicht geben können. Da wird von Seiten der Angehörigen des Kranken der Beschluß gefaßt, einen sogenannten „Naturarzt" um Rath anzugehen und alsbald erhält eine Dresdner „Korypháe" dieser Art, Herr Göffel, einen Ruf nach Berlin. Dort angekommen, waltet er im Krankenhause gleich den approbirten Aerzten und medizinischen Autoritäten seines „Amtes". In der Art dieser Behandlung aber liegt gerade das schwer Anstößige des ganzen Vorganges. Um die Heilthätigkeit der hier in Frage kommenden Persönlichkeit voll zu würdigen, bedarf es eines kleinen Rückblickes auf gewisse Enthüllungen, die seinerzeit an Dresdner Gerichtsstelle gemacht worden sind. Darnach kommt es Herrn Göffel nämlich keineswegs darauf an, seine Patienten von Angesicht zu Angesicht zu sehen. Nicht Jeder ist in der Lage, Herrn Göffel einen solchen Empfang zu bereiten, wie er ihm in Berlin zu Theil geworden ist. Solche „minderbegabte" Patienten kurirt Herr Göffel einfach mittels „Wirkung aus der Ferne", indem er sich von ihnen per Post einen Hosenknopf, einen Trauring, ein Hemd oder sonst ein delikates und vielverrathendes Kleidungsstück erbittet. Diese corpora delicti begnickt, befühlt, berieche dann Herr Göffel so lange, bis ihm auf Grund seiner „medizinischen Kenntnisse" offenbar geworden ist, was dem kranken Inhaber des fraglichen Stückes fehlt. In dem Berliner Falle hatte freilich Herr Göffel einen derartigen Hokuspokus nicht nöthig. Er konnte direkt auf den Kranken wirken und that das auch mit solchem scheinbaren Erfolge, daß der Patient nach verhältnißmäßig kurzer Zeit so weit „wiederhergestellt" war, um das Krankenhaus verlassen zu können.

Die wissenschaftlichen Aerzte zucken aber gegenüber diesem „Heilerfolge" einfach mit den Achseln und zwar mit vollem Recht. Es handelt sich hier offenbar lediglich um einen Fall von Suggestion, indem der stärkere Wille des Suggerenten den Patienten zwingt, sich gesund zu fühlen. Experimente dieser Art sind auch bereits aus wissenschaftlichen Gründen von medizinischen Autoritäten angestellt worden und die Möglichkeit ihres augenblicklichen Gelingens kann daher nicht bezweifelt werden. Der springende Punkt liegt hier aber in dem charlatanistischen Unfug, der von unberufener Hand mit solchen Versuchen getrieben wird. Der wissenschaftliche Arzt läßt keine Zweifel darüber, daß es sich nur um eine zeitweilige psychische Täuschung des Patienten über seinen wirklichen Zustand handelt, aber durchaus nicht um eine wirkliche Heilung. Der Charlatan dagegen, der sich heutzutage so gern das Mäntelchen des Naturarztes umhängt, posaunt einen solchen Augenblickserfolg, über dessen thatsächlichen Werth er doch selbst nicht im Zweifel sein kann, sofort in alle Welt hinaus, läßt sich warme Anerkennungsatteste geben, die natürlich der sich für geheilt haltende Patient mit dem Brustton der Ueberzeugung abfaßt, und benutzt jeden neuen Anlaß, um immer mehr Leichtgläubige in seine Netze zu ziehen. Wie sich aber das Befinden der auf solchem Wege „Geheilten" später gestaltet, wenn die psychische Beeinflussung aufgehört hat, ihnen als Täuschungsmittel über ihren wahren Zustand zu dienen, davon erfahren Diejenigen, die durchaus betrogen sein wollen, kein Sterbenswörtchen. Selbst wenn jezuweilen der Schmerzensschrei eines Opfers des Charlatanismus an die Oeffentlichkeit dringt, so geht er doch alsbald wieder unter in dem erbarmungslosen Gerassel der Reklametrommel, deren Zauberklang sich in ungezählten Fällen stärker erweist als Vernunft und Wissenschaft.

Daß man durch eine Unterstützung solches Treibens von hochstehender gebildeter Seite nicht den Interessen der Autorität dient, braucht nicht erst bewiesen zu werden, denn es ist augenfällig. Wenn gesellschaftliche Kreise, die man als autoritativ im hervorragenden Maße bezeichnen muß, selbst gegenüber dem medizinischen Charlatanismus nicht gefeit sind, wie darf man es dann den minder gebildeten Schichten der Bevölkerung verargen, daß sie ihrerseits in Schaaren den Lockrufen der Pfuscher und Wunderthäter folgen? Die Achtung vor der wirklichen Wissenschaft, die Hochhaltung ihres Ansehens gegenüber den Charlatanen, die das schillernde Pfauenrad ihrer Scheinerfolge schlagen, gehört unzweifelhaft mit zu den Pflichten, die den hochgestellten Vertheidigern der Autorität obliegen. Wohlverstanden, es handelt sich hier nicht um die Stellungnahme zu Gunsten einer bestimmten medizinischen Schule oder Richtung, nicht um Allopathie oder Homöopathie oder Isopathie, sondern lediglich um die wissenschaftliche Autorität als solche. Wohin soll es führen, wenn die auf dem klaren Bewußtsein des Verhältnisses von Ursache und Wirkung sich aufbauende Wissenschaft von Denjenigen, die ihre obersten Hüter zu sein eigentlich berufen wären, verächtlich bei Seite geschoben wird, zu Gunsten einer Erkenntnißquelle, die mit Schlamm und Moder bis an den Rand gefüllt ist? In der Geringschätzung zuverlässiger wissenschaftlicher Resultate und Methoden — von mehr oder weniger gewagten und unbewiesenen Hypothesen soll in diesem Zusammenhange nicht die Rede sein —, in der Hinneigung zu Dingen, die bei aller Sinnwidrigkeit nur in recht geheimnißvoller Maske aufzutreten brauchen, um unter den „Gebildeten" Schwärmer und Verehrer zu finden, in alledem kommt eine Bethätigung jenes mystischen Zuges zum Ausdruck, der neuerdings gerade die höheren Gesellschaftskreise ergriffen zu haben scheint. Ist es doch z. B. auch öffentliches Geheimniß, daß die „Lenormands", die sich in allen größeren Städten in großer Zahl vorfinden, zum Theil ihre oft recht beträchtlichen Einkünfte aus sehr hohen Kreisen und zwar keineswegs ausschließlich von weiblicher Seite beziehen. Solche Unzuträglichkeiten schleichen langsam unter der Oberfläche der Gesellschaft fort und sind daher schwer greifbar. Wird aber doch jezuweilen an einem einzelnen Falle der wuchernde Krebsschaden sichtbar, so ist es um so mehr Pflicht aller wahrhaft ordnungsliebenden Elemente, daß sie den Finger unnachsichtlich in die eiternde Wunde legen und nicht zur ungefährlichen Einzelerscheinung stempeln lassen, was in Wirklichkeit das Zeichen einer beginnenden allgemeinen Décadence ist. Wer den Kampf um die heiligen Güter der bestehenden Ordnung ernstlich zu führen gewillt ist, der darf es nie und nimmermehr ruhig mit ansehen, daß die Vernunft von ihren berufenen Trägern und Vertheidigern in den Trog geworfen und an ihrer Stelle ein Zerrbild verehrt wird, dessen Mund die ursprünglich in reinem und hohem Sinne gemeinte, in diesem Zusammenhange aber von Grund aus verwerfliche Lehre verkündet: „Credo, quia absurdum", „Weil es der gesunden Vernunft widerspricht, deshalb glaube ich es". So soll es nicht sein! Was uns Noth thut in dem Kampf, der zur Verhinderung der weiteren Zersetzung der Autorität in der Gesellschaft geführt wird, ist vor Allem ein mustergiltiges Beispiel von Seiten Derer, die auf den sogenannten Höhen des Lebens wandeln. Von jener Stelle darf auch nicht der kleinste Verstoß gegen die Grundregeln eines wahrhaft autoritativen Verhaltens ausgehen. Nur dann, wenn die führenden Kreise unseres gesellschaftlichen Organismus sich ihrer besonderen Pflichten auf dem ganzen hier in Frage kommenden Gebiet genau bewußt sind und strengstens auch jeden Anschein vermeiden, als könnten sie selbst eine Abweichung nach der Seite des Nichterprobten für wünschenswerth halten, nur dann ist eine wirkliche Stärkung der Autorität durch die That möglich. Sonst wird es im Wesentlichen bei einem bloßen autoritativen Strohdrusch auf der Tenne rhetorischer Gemeinplätze sein Bewenden haben.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 20. März.

* Massaua. (Reuter-Meldung.) Die Derwische griffen am 18. März die Defilees von Sabderat bei Kassala vier Mal an, wurden jedoch mit Verlusten zurückgeschlagen. Die Verbindung mit Kassala, welche zeitweise unterbrochen war, ist wieder hergestellt. Die Lage im Süden ist unverändert.

Berlin. Reichstag. Die Etatberathung wird fortgesetzt bei dem Etat der Reichsschuld, über welche die Debatte gestern abgebrochen war. Abg. Rintelen (Centr.) spricht sich noch gegen die Konvertirung der Reichsschuld aus, worauf der Etat ohne weitere Debatte genehmigt wird. Beim Etat der Zölle und Verbrauchssteuern beantragt die Kommission eine Resolution, betr. Erleichterungen im Verkehr mit denaturirtem Spiritus. Zu diesem Behufe wird der Wunsch ausgesprochen, daß das Denaturirmittel auch in kleinen Quantitäten an die Brennereibesitzer soll abgegeben werden können. Ferner liegt ein Antrag Auer vor, betr. Aufhebung der Salzsteuer vom 1. April 1897 ab. — Bei dem Titel „Zölle" berichtet Abg. Pachnicke (freis. Ver.) über die Kommissionsverhandlungen über den Antrag Lieber. Diesem Antrag zufolge, welcher von der Kommission angenommen worden ist, soll durch eine Bestimmung im Etatgesetz angeordnet werden, daß künftig von den etwaigen Ueberschüssen der Ueberweisungen an die Einzelstaaten über die Matrikularbeträge, die Hälfte für Verminderung der Reichsschuld zurückbehalten werden soll. Außerdem soll demgemäß schon von den Ueberweisungen für 1895/96 der Betrag von 30 Millionen Mark angehalten und zur Verminderung der Reichsanleihe verwendet werden. — Abg. Lieber (Centr.) schlägt vor, die Erörterungen über den Antrag hier fortzulassen und erst bei Berathung des Etatgesetzes folgen zu lassen, da besonders über diesen Antrag ein Referent gestellt sei. — Auf eine Anfrage des Abg. v. Stumm erklärt Staatssekretär Graf Posadowsky über den Quebrachoholzzoll, zu dessen Gunsten der Reichstag im Vorjahre eine Resolution beschlossen, aber der Bundesrath sich noch nicht schlüssig gemacht hat — in allernächster Zeit werde das geschehen. Er bittet, die Erörterungen über diese Angelegenheit noch hinauszuschieben, vielleicht bis nach der Vertagung des Hauses über Ostern. — Abg. Broekmann (Centr.) und Hitze (Centr.) sprechen zu Gunsten des Quebrachoholzzolles, Abg. Buschbeck ist dagegen. — Abg. Kardorff (Reichsp.) bemerkt, er müsse sich doch sehr darüber wundern, daß der Bundesrath sich während eines vollen Jahres noch nicht über die Resolution habe schlüssig machen können. — Staatssekretär Graf Posadowsky: Es sind hierbei wichtige Fragen zu bedenken, die Interessen der chemischen Technik, der Gerberei, der Lederindustrie und unsere tiefgehenden Exportverhältnisse. — Abg. Graf Kanitz (kons.): Die Zolleinnahmen seien infolge der Handelsverträge stark zurückgegangen bez. hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die Ermäßigung der Zölle auf Getreide allein bedeutet für das Reich für 1895 eine Einbuße von 45 Millionen Mark und die Zollherabsetzung insgesammt einen Verlust von 70 bis 80 Millionen Mark. Eine Revision der Handelsverträge würde durchaus nicht, wie Staatssekretär v. Marschall behauptet habe, der Würde des Reiches widersprechen, außerdem würden Rußland und Oesterreich sich nicht weigern, einer Revision zuzustimmen. Unser Zolltarif entspreche nicht den Interessen des Landes. Es sei unmöglich, diesen Zustand länger andauern zu lassen, fugit irreparabile tempus. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Der Bundesrath kenne nicht die Zustände im Lande. (Bravo rechts.) Sollen wir wieder nach Hause gehen, ohne den Wählern etwas mitzubringen? (Lebhafter Beifall.) — Unterstaatssekretär Aschenborn bestreitet entschieden, daß unsere Reichsfinanzlage sich nach Abschluß der Handelsverträge verschlechtert hätte. Gerade die Zolleinnahmen seien, wie Redner an der Hand der Statistik ausführt, seit einigen Jahren bis jetzt erheblich im Steigen. (Lebhafter Beifall links). — Abg. Müller-Fulda (Centr.) wendet gegenüber dem Grafen Kanitz darauf hin, daß gerade mit der Zeit der höchsten Getreidezölle die schnelle Steigerung der Reichsschuld Hand in Hand gegangen sei. — Abg. Buschbeck: Die Herren rechts sind wohl nur so erregt wegen der Verhandlungen im englischen Unterhause. (Große Unruhe rechts). Sie übersehen den ganzen, in Folge der Handelsverträge eingetretenen Aufschwung in Handel und Verkehr und die Einnahmesteigerung bei einer ganzen Reihe anderer Zölle. Redner regt sodann die Einrichtung eines Zollgerichtshofes an, auf Unzuträglichkeiten bei Bemessung von Tarifsätzen hinweisend, besonders bei Spiegelglas. — Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Dem Abg. Buschbeck kann ich erwidern, daß ich über die Londoner Nachrichten sehr ruhig denke; was mich erregt ist, daß die Herren, die drei Tage lang über Dr. Peters sprachen, uns hindern wollen, über die landwirthschaftliche Noth zu sprechen. Wenn wir die Handelsverträge noch acht Jahre haben, dann ist die Landwirthschaft durch das mobile Kapital exploitirt. (Beifall rechts.) — Der Titel „Zölle" wird sodann genehmigt, ferner Tabaksteuer und Zuckersteuer debattelos. Bei der Staatssteuer befürwortet Abg. Schultze-Königsberg (Soz.) den Antrag auf Aufhebung der Salzsteuer von April 1897 ab. — Abg. v. Stumm (Reichsp.) vermißt in dem Antrag jeden Deckungsvorschlag. Ohne Deckung durch andere Steuern sei eine Aufhebung der Salzsteuer ganz unmöglich. — Abg. Werner (Ant.), ferner Hammacher (nl.), Rickert (freis. Ver.) und von Staudy (kons.) sprechen aus denselben Gründen gegen den Antrag. — Abg. Wurm (Soz.): Wir haben so oft schon Erbschaftssteuer vorgeschlagen, aber dazu sind Sie gar nicht zu haben. — Abg. Buschbeck (freis. Volksp.): Meine Freunde werden für den Antrag stimmen, die Deckung wird sich schon finden; wir brauchen da nur bei den Liebesgaben anzufangen. — Der Antrag Auer wird gegen die Sozialdemokraten und freisinnige Volkspartei abgelehnt. — Beim

Friedrich & Glöckner, Neu eröffnet Filiale Dresden-N., Bautznerstr. 27b (Ecke Markgrafenstr.)